



# Berlin-Brief Nr. 360

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche  
von Josip Juratovic MdB

28. Juni 2024

---



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

die vorletzte Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause ist vorbei. Die Sommerluft kann man schon schnuppern und die Hitze ist spürbar, aber eine Abkühlung von Berlin gibt es für mich noch nicht. Bis dahin stehen noch einige

Abstimmungen an, Reden müssen gehalten werden und wir werfen einen Blick auf das dritte von vier Jahren der Legislatur bei einer Teamklausur. Fangen wir mit der vergangenen Woche an.

### **Als ehemaliger Betriebsrat freut mich diese Woche besonders: Wir sichern die Vergütung von freigestellten Betriebsrät\*innen.**

Für Beschäftigte, die sich für die Betriebsratsarbeit freistellen lassen, gibt es klare Regelungen zur Bezahlung: Sie sollen genauso viel verdienen wie vergleichbare Kolleg\*innen. Doch ein Urteil des Bundesgerichtshofs vom 10. Januar 2023 hat da für Unsicherheit gesorgt. Einige Unternehmen haben daraufhin die Vergütungen gekürzt, was viele Gerichtsverfahren nach sich zog. Damit sowas nicht mehr passiert und die betriebliche Mitbestimmung nicht leidet, ändern wir das Betriebsverfassungsgesetz. Zukünftig können Arbeitgeber\*innen und Betriebsrät\*innen in einer Betriebsvereinbarung festlegen, wie die Vergütung bestimmt wird. Wenn diese Vereinbarungen transparent sind, gibt es eine sogenannte Richtigkeitsgewähr, die das Risiko von Strafbarkeit für redlich handelnde Arbeitgeberinnen und Betriebsratsmitglieder minimiert. In dieser Woche haben wir den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung beschlossen.

### **Terrorismus muss effektiv und umfassend bekämpft werden.**

Mit einem neuen Gesetzentwurf setzen wir die EU-Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung in deutsches Recht um. Dadurch stärken wir unsere Demokratie und schützen den Rechtsstaat besser vor Terror. Die Richtlinie regelt die Bestrafung von Straftaten mit terroristischem Hintergrund und unterstützt Opfer. Zum Beispiel wird der Strafkatalog im Strafgesetzbuch erweitert: Straftaten, die mit terroristischer Absicht begangen werden, werden klarer definiert und härter bestraft. Reisen in und aus Risikogebieten mit terroristischen Absichten wird ebenfalls strafbar. Damit reagieren wir auf die Bedrohung durch ausländische terroristische Kämpfer. Auch die Finanzierung terroristischer Handlungen wird umfassender unter Strafe gestellt. Diese Woche haben wir den Gesetzentwurf in der ersten Lesung beraten.

**In vielen Regionen Deutschlands fehlen Ärzt\*innen**, aktuell sind beispielsweise 5.000 Hausarztstellen unbesetzt. Gerade der Landkreis Heilbronn ist hiervon mit etwa 40% der niedergelassenen Ärzt\*innen über 62 Jahren betroffen. Um diese Unterversorgung in den Kommunen zu bekämpfen, bringt die Bundesregierung ein neues Gesetz in den Bundestag ein. Hausarztpraxen sollen größere Freiräume und mehr finanzielle Unabhängigkeit bekommen. Die bisherigen durch die Krankenkassen vergüteten Budgets mit Obergrenzen fallen weg, stattdessen gibt es jahresbezogene Versorgungspauschalen. Das stärkt die Versorgung von chronisch kranken Patient\*innen, honoriert Hausbesuche angemessen, erleichtert die Terminfindung und vermeidet überfüllte Praxen. Außerdem soll die Gründung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren erleichtert und zusätzliche Stellen für Psychotherapeut\*innen geschaffen werden. Auch die Interessenvertretung der Pflege und Patient\*innen im Gemeinsamen Bundesausschuss wird gestärkt. Für Menschen mit Behinderungen wird der Zugang zu medizinisch notwendigen Hilfsmitteln verbessert, indem die Bewilligungsverfahren beschleunigt werden. Kranken- und Pflegekassen müssen künftig Daten über ihre Beratungs- und Leistungsqualität erheben und auf einer digitalen Vergleichsplattform veröffentlichen, damit Patient\*innen die beste Versorgung finden. Zusätzlich wird eine Datenplattform eingerichtet und Künstliche Intelligenz eingesetzt, um Fehlverhalten wie Abrechnungsbetrug frühzeitig zu erkennen.

### **Rentenanstieg ab Montag, den 1. Juli**

Wir sorgen dafür, dass sich Arbeit auch in der Rente auszahlt. Am 1. Juli 2024 steigen die Renten wieder deutlich, nämlich um 4,57 Prozent – sowohl in den neuen als auch

in den alten Bundesländern. Schon in den letzten beiden Jahren gab es kräftige Rentenerhöhungen, und seit Mitte 2023 gibt es einen einheitlichen Rentenwert in Ost und West. Zum Vergleich: seit 1995 lagen die Rentenerhöhungen meist zwischen 0% und 2%.

Vielleicht haben Sie und Ihr die **Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz** verfolgt. In der Analyse liegt der Bundeskanzler richtig: Deutschland braucht Sicherheit und Wachstum. Jetzt wird die Bundesregierung einen Haushaltsentwurf vorlegen, der die richtigen Antworten auf diese Herausforderungen gibt. Deutschland und die EU schlecht zu reden, wie es die Populist\*innen tun, ist keine Lösung.

Ich wünsche Ihnen und Euch schöne letzte Junitage und ich freue mich auf interessante Begegnungen im Wahlkreis. Ab Montag geht die letzte Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause los und mich besuchen gleich drei Schulklassen aus dem Wahlkreis. Eine davon habe ich vor vielen Jahren selbst besucht. Ich freue mich!

Ihr/ Euer



---

## Termine

**29.**  
**JUL**      **Diakoniefest**  
*Kiliansplatz, Heilbronn*

**29.**  
**JUL**      **Eröffnung Weibertreffest**  
*Weinsberg*

**29.**  
**JUL**      **50 Jahre Verkehrsübungsplatz**  
*Heilbronn*

**01.-**  
**05.**  
**JUL**      **Sitzungswoche im Deutschen Bundestag**  
*Berlin, Bundestag*

---

Bild der Woche



**"Gestern habe ich eine Rede zum deutschen Beitrag der Bundeswehr in der europäischen Friedensoperation EUFOR ALTHEA in Bosnien–Herzegowina gehalten. EUFOR ALTHEA ist das älteste Mandat der UN, an dem deutsche Streitkräfte teilnehmen. In meiner Rede bitte ich nicht nur um erneute Zustimmung des Mandats, sondern auch um eine politische Kursänderung auf dem Westbalkan. Die ganze Rede findet Ihr angehängt und als Video auf allen Plattformen."**



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro  
Untere Neckarstraße 50  
74072 Heilbronn  
Tel.: 07131 / 598 72 27  
[josip.juratovic.wk@bundestag.de](mailto:josip.juratovic.wk@bundestag.de)

**Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten?**

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.